

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

31.12.1925 (No. 303)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3616

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Menck, Karlsruhe.

Verlagspreis: Monatlich 2.— Geldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Geldpfennig. — Samstag 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Bei längerer Dauer nach Vereinbarung. Bei Anzeigen, die nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt, sind Anzeigen für die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Karlsruher Straße Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweise Verbreitung, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeigener keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Neujahr 1926

Man braucht nicht gerade abergläubisch zu sein, um dem neuen Jahre, das ausgerechnet mit einem Freitag beginnt, ein ernstes Prognostikon zu stellen: die Zeichen der Not und des Glends sind so weithin sichtbar, daß es heute gewiß niemand einfallen wird, die Schwere der wirtschaftlichen Krisis zu leugnen. Die Optimisten wissen uns allerdings das Eine zum Trost zu sagen, nämlich, daß diese Krisis eine Gesundungskrisis sei. Sie werden sogar mit einer solchen Auffassung Recht behalten, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind.

Aber diese Voraussetzungen können nur erfüllt werden durch die auf ganz bestimmte, positive Ziele gerichtete Tätigkeit der Menschen selbst. Selbstmörderischer Wahn wäre es, wenn man den Wirtschaftsorganismus im blinden Vertrauen auf die sogenannten „heilenden Kräfte im Innern“ sich selbst überlasse und den Heilungsprozess als etwas betrachte, was sich ohne unser besonderes Zutun ganz automatisch vollziehen werde. Im Gegenteil! Nur dann, wenn die Ärzte mit kundiger und sorgfamer Hand eingreifen, und der Patient selber alles tut, um die Krankheit in sich zu überwinden, nur dann ist mit einer Heilung zu rechnen. Der Patient wird aber sicherlich wirklich ernsthafte Gesundungsmaßnahmen ablehnen, solange er nicht deren Notwendigkeit vollkommen eingesehen hat.

Ihm diese Einsicht beizubringen, dazu wird schließlich wohl nur der harte Druck, den die Umstände selbst ausüben, imstande sein. Aufgabe aller verantwortungsbewußter Politiker aber ist es, immer wieder und wieder vor aller Öffentlichkeit auf alle die Tatsachen hinzuweisen, die die Krisis heraufbeschworen haben. Dabei wird sich zeigen, daß zumal für Deutschland, aber auch für manche anderen Länder, in der Eigenart rein äußerer Tatsachen, die im Augenblick kaum abzuändern sind, eine Entschuldigend gegeben ist; die Verständnislosigkeit siegreicher Mächte ist ein Faktor, dem sich der Besiegte in seiner Ohnmacht heute anzupassen hat. Wenn aber überhaupt das verfloßene Jahr Anlässe zum Besseren gezeitigt hat, dann sind sie darin zu erblicken, daß jene Verständnislosigkeit mehr und mehr einer klügeren Einschätzung der wahren Lage Europas Platz zu machen scheint. In der Hauptsache werden also die unter der wirtschaftlichen Krisis leidenden europäischen Völker nur von der Lösung solcher Fragen eine Errettung erhoffen dürfen, die der eigenen Entscheidung des betreffenden Volkes unterliegen. Das alte Wort „Jeder ist seines Glückes Schmied“ wird das Motto sein, unter welchem sich auch die Gesundung Deutschlands zu vollziehen hat.

Dieser Gesundung bereitet die Mentalität, die Geistes- und Gefühlsverfassung der Völker selbst die größte Schwierigkeit. Und diese Geistesverfassung muß sich erst einmal geändert haben, bevor man ernstlich an eine Überwindung der Krisis und an ein wirtschaftliches Emporkommen denken darf. Die Behauptung, daß es letzten Endes Leichtfertigkeit und Übermut gewesen sind, welche den Weltkrieg entfesselten, ist zweifellos im ganzen richtig. Ist sie aber richtig, dann hätte man erwarten dürfen, daß der Weltkrieg mit seinen furchtbaren äußeren und inneren Wirkungen hier einen umstürzenden Wandel hervorgerufen hätte. Leider trifft diese Erwartung aber nicht zu. Gewiß ist ein großer Teil der europäischen Menschheit heute bescheidener, klüger und vorsichtiger als im Jahre 1914. Und die Änderung der Geistesverfassung dieses Teils hat immerhin genügt, um wenigstens neue Kriege zu verhüten und wenigstens äußerlich eine Ära der Berühmungslosigkeit einzuleiten. Aber das Gros der europäischen Menschheit ist innerlich durch den

Weltkrieg und seine Folgeerscheinungen noch lange nicht so klug geworden, daß man nun auch wirtschaftspolitisch eine sofortige Besserung erhoffen könnte.

Formulieren wir das Gesagte so, daß es noch greifbarer wird, dann könnten wir sagen: Statt, daß die Bevölkerung aller vom Weltkrieg betroffenen Länder ihr ganzes Sinnen und Trachten nur an das eine Problem der Wiedergesundung hängt, sieht der Beobachter des praktischen Lebens in allen diesen Ländern eine Geistesverfassung herrschen, die stellenweise noch viel eifriger, als vor dem Kriege die Befriedigung der Eitelkeit und der Genußgier zu den Höhen des Tages erhebt.

Vielfach wird heute im Gespräch die Frage aufgeworfen: „Ja, wie ist uns denn nun eigentlich zu helfen?“ Man könnte ein dickes, gelehrtes Buch schreiben, um diese Frage zu beantworten. In allgemeinverständlicher Weise ließe sie sich wohl nur so beantworten, daß man erklärt: „Wir können gesunden, wenn dieses und jenes anders sein wird, als es heute ist“. Und wir wollen an dieser Stelle eine Reihe von besonders markanten Antworten geben. Sie alle werden das entscheidende Wörtchen „wenn“ enthalten.

Also: wir können und werden die wirtschaftliche Krisis überwinden und werden gesunden,

wenn alle Volksgenossen endlich eingesehen haben werden, daß wir einen Krieg verloren haben, und zwar den furchtbarsten Krieg, den das deutsche Volk je geführt hat, und daß dieser verlorene Krieg eine faktische Verarmung nach sich gezogen hat, die es uns als Volksganzem nicht gestattet, genau so gut zu leben, wie vor dem Kriege,

wenn alle Volksgenossen einsehen lernen, daß derjenige, der heute ein Realeinkommen in der Höhe seines Vorkriegseinkommens (also 150%) hat, zufrieden sein kann, da er dann eben unter jener tatsächlichen Verarmung nicht mitzuleiden braucht,

wenn alle Volksgenossen es begreifen lernen, daß höhere Werte nur durch höhere Arbeit geschaffen werden können, und daß demnach trotz der Verarmung mehr, und zwar qualitativ mehr geleistet werden muß, als bisher,

wenn das deutsche Volk, das bisher von fremden Nationen soviel Schlechtes gelernt hat, mit allem Ernst und allem Eifer dazu übergeht, das Gute und Nützliche von anderen Nationen zu lernen, so z. B. die amerikanische Arbeitsmethode, nach welcher das Preisniveau in Amerika bei etwa vierfach so hohen Löhnen nicht einmal doppelt so hoch ist, wie in Deutschland, eine Tatsache, die sich natürlich nur durch eine vielfach höhere Arbeitsleistung des einzelnen erklärt,

wenn weiterhin alle unsere Volksgenossen in führender Stellung, vor allem aber die Wirtschaftsunternehmer im weitesten Sinne dieses Wortes und einschließlich der Landwirtschaft, sich vom Geist der Umständlichkeit und Schwerfälligkeit befreien und vom Amerikaner das lernen werden, was jenes Land reich gemacht hat, die Kunst einer wirklich praktischen Geschäfts- und Betriebsführung.

Unser Volk wird zweifellos gesunden, wenn es in allen seinen Schichten die Ansprüche ans Leben, an Genuß und Luxus von sich aus herunterdrückt. Dabei soll man nicht etwa glauben, daß der Genuß und der Luxus bei der Flasche Sekt beginne und beim Fäßchen Kaviar aufhöre. Schon allein die Tatsache, daß die meisten Volksgenossen heute in der Ernährung eine Abwechslung und Mannigfaltigkeit verlangen, die in früheren Jahrzehnten einfach unerhört gewesen wäre, beweist ein Anwachen der Genußsucht.

Wenn die vielen Festlichkeiten und Vergnügungen, bei denen eine Unsumme von Geld falsch angelegt, und die Widerstandskraft der Menschen ganz gewaltig geschädigt wird, nur um die Hälfte nachlassen werden, dann wird unser Volk auch wirtschaftlich wieder gesund werden. Wenn wir statt 2½—3 Milliarden für Alkohol im Jahre nur die Hälfte für diese Zwecke ausgeben werden, dann wird es uns besser gehen. Wenn die Ansprüche an Kleidung wieder denen gleichen werden, die vor dem Kriege beobachtet wurden, wenn die jungen Damen wieder statt schlechter kunstseidener Strümpfe zu 4 Mark das Paar schlächte, aber haltbare Baumwollstrümpfe zu 2 Mark das Paar und statt des Seidenfähnchens wieder ein hübsches Voilekleidchen tragen werden, dann wird man wieder hoffen dürfen.

Wenn die Leistungen wieder ihrer qualitativen Bedeutung nach bezahlt werden, und der Mensch, der wirklich etwas gelernt hat und wirklich etwas kann, sehen wird, daß er auch dementsprechend besser bezahlt wird, dann wird Deutschland jene Qualitätsarbeit produzieren, die uns allein den Export und damit den Weg zur vollen Wiedergesundung erschließen kann. Wenn die wilde Profitgier, die heute vor allem noch im Händlertum zu beobachten ist, von einem vernünftigen und produktiven Streben nach Erwerb abgelöst werden wird, wenn die bewußte Unredlichkeit bei der Skalkulierung gewisser Preise verschwunden sein wird, dann können wir wieder hoffen.

Um es noch einmal kurz zusammenzufassen: Wenn alle Volksgenossen nur um 10 Prozent bescheidener werden und nur um 25 Prozent mehr leisten, wird es möglich sein, die wirtschaftliche Krisis zu überwinden und die Bahn freizumachen für den wahren Wiederaufstieg unseres Volkes. Möglicherweise wird eine wirtschaftliche Kooperation der sämtlichen europäischen Staaten dabei wertvolle Dienste leisten. Wie denn überhaupt die Stimmen derer sich mehrten, die von einem Verserwerden der weltwirtschaftlichen Gesamtlage sprechen und Auswirkungen dieser Besserung auch für uns in Aussicht stellen. Aber dies allein wird nicht den Ausschlag geben. Die entscheidende Tat muß von uns selbst vollbracht werden. Möge das neue Jahr alle Volksgenossen davon überzeugen, daß nur eine Umstellung im Innern diese rettende Tat gebären kann!

Wenn in dem folgenden Artikel vom rein wirtschaftspolitischen Standpunkt wichtige Fragen beleuchtet werden, dann ist auch dort bei aller Hervorhebung der für uns womöglich günstigen Momente der Grundgedanke der, daß die wahre Rettung letzten Endes nur von uns selbst herbeigeführt werden kann.

Die konfessionelle Schichtung in Württemberg. Die Bevölkerungszahl in Württemberg ist von 2,08 im Jahre 1896 über 2,44 im Jahre 1910 auf 2,68 Millionen im Jahre 1925 gestiegen. Die Mitglieder der evangelischen Kirche nahmen zu von 1,44 über 1,67 auf 1,79 Millionen, Katholiken zählte man 0,62, dann 0,74 und schließlich 0,80 Millionen, Israeliten zwischen 10 000 bis 11 000. Während die Evangelischen von 69,2 Proz. der Gesamtbevölkerung auf 66,9 Proz. zurückgegangen sind (also auf 3/4 der Gesamtbevölkerung), haben die Katholiken von 29,8 auf 30,8 Proz. zugenommen. Die Zahl der Dissidenten hat sich seit der Volkszählung von 1894 verdreifacht. Sie vertreten zwei Proz. der Bevölkerung und sind zahlreicher als die Israeliten.

Die deutsch-schweizerischen Verhandlungen in der Bismarckfrage. Die aus Schweizer Mäthern von einem Teil der deutschen Presse übernommene Mitteilung, daß die deutsch-schweizerischen Verhandlungen in der Bismarckfrage gescheitert seien, ist, wie die Schweizerische Depeschagentur mitteilt, unrichtig.

Die Rente in Württemberg. Die gesetzliche Rente bleibt in Württemberg für den Monat Januar 1926 die gleiche wie im Dezember 1925.

Der Münchner „Bölkische Kurier“ hat sein Erscheinen als Tageszeitung bis auf weiteres eingestellt.

Mit der Beilage: 12. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

